Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf · [Auswärts 15 Pf.] · Nr 284 — DIENSTAG, 14. JUNI 1932 — ABEND-AUSGABE

Notverordnung unterzeichnet

Papen bei Hindenburg

Reichskanzler von Papen hat heute vormittag dem Reichspräsidenten über die vom Kabinett beschlossene finanzielle Notverordnung Vortrag gehalten. Im Anschluß daran haben der Kanzler und der Außenminister die Richtlinien dargelegt, von denen die deutsche Delegation auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz ausgehen wird.

Der Vortrag über die neue Notverordnung hat, wie es heißt, zu einer Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler Anlaß gegeben, da die Wiederholung und Verschärfung der vom Kabinett Brüning geplanten Maßnahmen wohl auch vom Reichspräsidenten nicht ohne weiteres erwartet worden ist. Die neue Notverordnung ist im Anschluß an den Vortrag und die folgende Aussprache vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden. Sie soll am 1. Juli in Kraft treten.

Die Maßnahmen in ihrer Gesamtheit stellen in verschiedenen Punkten eine Verschärfung der vom Kabinett Brüning geplanten Notverordnung dar. Da infolge des Kanzlersturzes die Finanzmaßnahmen erst am 1. Juli statt am 1. Juni wirksam werden, ist ein weiterer Einnahmeausfall von 75 Millionen entstanden, die das neue Kabinett durch noch stärkere Belastung der Steuerzahler ausgleichen will.

Ein unklarer Punkt in dem Finanzprogramm der neuen Regierung ist die Bürgersteuer der Gemeinden. Da die Gemeinden auf diese Finanzquelle nicht verzichten können, werden die Länderregierungen zur Verlängerung der Bürgersteuer schreiten müssen, wenn die Reichsregierung die Verantwortung für diese Maßnahme nicht übernehmen will.

Mit oder ohne Uniform?

Mit der „Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden" sollte auch die **politische Verordnung erscheinen, die im wesentlichen die Aufhebung des S.A.-Verbotes enthält.**

Diese Verordnung ist aber noch nicht unterzeichnet worden und es hat den Anschein, daß die sehr nachdrücklichen Einwände der Länderregierungen die Reichsregierung veranlaßt haben, zu erwägen, ob nicht wenigstens die Frage der Zulassung oder des weiteren Verbots der Parteiuniformen der Entscheidung der Länderregierungen überlassen werden soll.

Mit den Nationalsozialisten sind darüber gestern Besprechungen geführt worden. Eine endgültige Entscheidung über die Ausführungsbestimmungen ist noch nicht getroffen. Bemerkenswert ist, daß die nationalsozialistische Presse die Reichsregierung dazu ermuntert, **ohne jede Rücksicht auf die Länderregierungen vorzugehen.**

Genfer Entscheidung?

Wer den traurigen Verlauf der sogenannten technischen Kommissionsberatungen der Genfer Abrüstungskonferenz verfolgt hat, kann es nur begrüßen, daß die leitenden Staatsmänner, die in Lausanne zur Regelung der Reparationsfrage zusammenkommen, gleichzeitig den Versuch machen wollen, das Abrüstungsproblem aus der sterilen Atmosphäre der Militärkomitees herauszulösen und nach großen politischen Lösungen zu suchen. So wie die Dinge jetzt schon seit vielen Wochen in Genf liefen, fühlte man sich in die dunkelsten Zeiten der unseligen „commission préparatoire" zurückversetzt, in der die Militärs aller Länder Berge von Material gegen die Abrüstung mit Bienenfleiß zusammentrugen, um zum Schluß mit tödlicher Sicherheit in ausführlichen Berichten die einander widersprechenden Auffassungen achselzuckend zu registrieren.

Nach dem Anlauf, den die große Genfer Konferenz im Februar dieses Jahres genommen hatte, konnte man zunächst die Hoffnung haben, daß eine Wiederholung dieses deprimierenden Schauspiels unter allen Umständen vermieden werden würde. Die Optimisten zogen aus dem Verlauf der Generaldiskussion, in der über eine Reihe von grundsätzlichen Fragen eine gewisse Einigkeit erzielt worden war, den Schluß, daß auf dieser Basis eine positive Weiterarbeit erfolgen könne und werde, während die Pessimisten damit rechneten, daß in kurzer Zeit die großen politischen Gegensätze sich bis zum Bruch zuspitzen würden. Niemand aber erwartete ein langsames Versanden der Verhandlungen in technischen Einzelfragen. Dabei kam es zu teilweise grotesken Debatten über den Angriffscharakter einzelner Waffengattungen und Kaliber. Man ackerte in den technischen Kommissionen dasselbe dürre Feld durch wie in all den vorhergehenden Jahren und der Erfolg konnte natürlich nicht besser sein.

Nur in negativer Hinsicht kam es zu einigen politisch sehr bedeutsamen Feststellungen. So etwa, wenn ein französischer Delegierter zuzugeben gezwungen war, daß die Versailler Vorschriften Deutschland sogar eine Reihe von Waffen verboten haben, die nach französischer Auffassung reinen Verteidigungscharakter haben. In seiner Konsequenz bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als daß die stets grade von Frankreich vertretene Auffassung, das deutsche Heer solle durch die Bindungen von Versailles nur seines Angriffscharakters beraubt werden, eine Unwahrheit war, und daß daher schon auf Grund des Artikels 8 der Völkerbundsatzung, der von der nationalen Sicherheit als Grundlage der Abrüstung spricht, Deutschland theoretisch eine Erweiterung seiner Landesverteidigung zum mindesten nach der qualitativen Seite beanspruchen könnte, wenn die Konferenz sich dieser französischen Auffassung anschließt.

Die deutsche Delegation hat auf diese naheliegende Argumentation verzichtet, um nicht aus der Abrüstungskonferenz eine Aufrüstungskonferenz zu machen und so einem Wettlauf das Wort zu reden, der dem Sinn der ganzen Arbeit widersprechen würde.

Der Stand der Konferenz ist in diesem Augenblick, in dem die führenden europäischen Staatsmänner in Genf und Lausanne sich an den Verhandlungstisch setzen, beinahe hoffungslos, wenn es nicht gelingt, in der Richtung der amerikanischen Ideen für eine qualitative Abrüstung doch noch vorwärts zu kommen. Ob diese Hoffnung aber nicht zu optimistisch ist, erscheint angesichts der aus London vorliegenden Nachrichten fraglich. Die im ersten Stadium der Konferenz den Italienern zugeschriebene Idee eines mehrjährigen „Rüstungsfeiertages", der praktisch eine Stabilisierung der heutigen ungleichen Rüstungen in der Welt bedeuten würde, scheint in letzter Zeit von MacDonald in sein Programm aufgenommen worden zu sein. Dabei mag es dahingestellt bleiben, welche Rolle in diesem Zusammenhange die englisch-französischen Reparations-Vereinbarungen gespielt haben. Tatsache ist und bleibt, daß eine bloße Stabilisierung der europäischen Rüstungen auf dem heutigen Stande keinesfalls der Erfolg sein würde, den man in Amerika als Voraussetzung für eine Reduzierung der interalliierten Schulden stets gefordert hat. Die amerikanische Auffassung, daß eine Verminderung der europäischen Schuldenlast an Amerika nur dann vertretbar sei, wenn die Garantie dafür gegeben sei, daß die ersparten Summen nicht weiter in Rüstungen für den nächsten Krieg angelegt werden, hat sich nicht verändert und wird sich auch nach den amerikanischen Wahlen nicht ändern. Dabei kommt es nicht darauf an, daß durch Stabilisierung der Rüstungen vielleicht eine weitere Steigerung der Rüstungsausgaben vermieden wird, sondern darauf, daß bereits die heutigen Lasten nach Ansicht der Amerikaner für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft viel zu schwer sind.

Aber auch die Idee, daß durch eine Stabilisierung der Rüstungen ein weiteres Steigen der Ausgaben verhindert

Pariser Optimismus für Lausanne

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 14. JUNI

Die französische Oeffentlichkeit trägt heute, am Vorabend der Lausanner Konferenz, einen stark unterstrichenen Optimismus zur Schau. Das radikale Parteiblatt „Republique" faßt die Hoffnungen der Pariser Regierungskreise folgendermaßen zusammen:

„Im Kapitel der Reparationen verzeichnen wir ein bedeutsames Resultat. Noch vor einigen Tagen ließ sich die englische These wie folgt zusammenfassen: „Die Reparationen interessieren uns nicht". Heute jedoch beteiligt sich London wieder an der Diskussion dieser Frage, aber nicht mehr nur mit der einzigen Sorge, das „Nein" Deutschlands einfach zur Kenntnis zu nehmen. Sprechen wir nicht von einem Sieg, sprechen wir auch nicht von einer gemeinsamen These, sprechen wir nur von dem gemeinsamen Willen, den Geist der Anarchie nicht mit dem europäischen Geist zu verwechseln und die Annullierung der Verpflichtungen nicht auch naiverweise der Annullierung der Schwierigkeiten gleichzustellen." In der Abrüstung ist man zu folgender Lösung gelangt: Rüstungsstillstand, Reduzierung und Kontrolle der Rüstungsausgaben im Budget. Das ist natürlich nichts Endgültiges, aber damit ist doch wenigstens das Notwendige geschaffen, das anzeigt, daß man den Rüstungswettlauf abbrechen will. Man sieht, ein neuer Geist herrscht in der französischen Diplomatie. Dabei war es weniger notwendig, die Position Frankreichs zu ändern, als gewisse Vorurteile fallen zu lassen. Die psychologische Umstellung ist geschehen, der Rest wird folgen.

Gleichzeitig will die Pariser Presse auch eine Umstellung in der Haltung Deutschlands bemerkt haben. **„Die Taktik der deutschen Unterhändler in Lausanne, erklärt das „Journal", wird nicht mehr so starr sein wie unter Brüning. Der Reichskanzler von Papen wird sich letzten Endes nur an die Realitäten halten und sich mit dem Erreichbaren möglichst zufrieden geben."** Von Papen könne das um so leichter tun, bemerkt hierzu das Havasbüro, weil er sich grade auf jene politische Kreise stütze, die am energischsten Brüning zu einer endgültigen Liquidierung der Reparationsfrage aufgefordert hätten. Es sei dem neuen Kanzler also leichter, die in Aussicht stehende provisorische Lösung in Lausanne hinzunehmen.

Landbund-Erklärung für Papen

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes stellt sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung entschieden an die Seite der Reichsregierung von Papen. Die „Herrschaft Brünings im Lande" sei „ohne Verbindung mit den lebendigen Kräften des erwachenden und erweckten Nationalismus" gewesen, wohingegen für die neuen Männer des Kabinetts von Papen „in lebendiger Verbindung mit den starken Impulsen der nationalen aktivistischen Bewegung die Bahn frei gemacht wurde für die Maßnahmen und Reformen auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die für den Bestand der Nation geboten sind." Weiter heißt es in der Entschließung:

„Der Reichs-Landbund hat mit Genugtuung Kenntnis genommen von den aus den bisherigen Willensäußerungen der Regierung und einzelner Minister hervorgetretenen Auffassungen und Absichten, insbesondere von dem klaren Bekenntnis des Reichskanzlers zu einer starken zielbewußten Agrarpolitik als Fundament jeder gesunden Entwicklung'.

Der Reichs-Landbund werde nur für solche Reichstagskandidaten eintreten, „die sich offen für den Wechsel des Systems und für das neue nationale Deutschland einsetzen'."

*

Bei der parteipolitischen Zusammensetzung des Landbunds bedeutete dieses **Bekenntnis zu Papen gleichzeitig eine Festlegung der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die sich in die Führung dieser Organisation teilen.**

Lidsch-Jassu wieder gefangen

Der aus zehnjähriger Gefangenschaft entflohene Exkaiser von Abessinien, Lidsch Jassu, ist von den Truppen des jetzigen Kaisers Selassi I., die hochmodern ausgerüstet sind, wieder gefangen genommen worden.